

nicht der Stimme wirtschaftlicher Gebote.“

In seinem Rechenschaftsbericht hatte Gaidar erst gar keine Anstalten gemacht, der alten Planwirtschaftler-Riege zu schmeicheln. Im Gegenteil: Er spottete offen über die Abgeordneten und ihren Vorsteher Chasbulatow, die sich mit 1,3 Billionen Rubel Mehrausgaben für Soziales bei ihren Wählern beliebt machen wollen. Gaidar berief sich auf einen deutschen Mentor: „Wenn das sozial orientierte Marktwirtschaft sein soll, würde sich Ludwig Erhard im Grabe umdrehen.“

Vorsichtshalber ließ Jelzin den neugeschaffenen, durch die Verfassung nicht gedeckten „Rat der Republikoberhäupter“ zusammentreten, in dem auch die inzwischen zu Gouverneuren hochgestuften Chefs der Gebietsverwaltungen sitzen. Die machtdurstigen Provinzfürsten, des Streits mit ihren Lokalparlamenten ebenfalls längst überdrüssig, versprachen ihrem Herrn Beistand: Sie hätten mit einem Regierungschef Gaidar überhaupt keine Probleme.

Auch die in der „Bürger-Union“ organisierten Mitte-Rechts-Fraktionen ließen vorsichtig durchblicken, sie könnten sich mit einem weiterregierenden Gaidar durchaus abfinden, wenn dafür nur die richtigen Köpfe in Jelzins unmittelbarer Umgebung rollten. „Wir wollen alle die Stärkung des Präsidenten und seines Amtes“, versicherte der wendige Chasbulatow, als Jelzin wieder mit stoischer Miene hinter ihm thronte, aber keinen Machtzuwachs „der Leute, die um ihn herum sind“.

Der Kongreß bäumte sich auf und untersagte mehrheitlich, Gaidar auch nur auf die Liste der Anwärter für das Ministerpräsidentenamt zu setzen. Wirtschaftsminister Netschajew sah den „konstitutionellen Staatsstreich“ voraus.

Doch ganz parlamentarisch beschäftigten sich die Deputierten lange und lustvoll damit, über eine Reihe von Änderungen zum Verfassungsentwurf jede künftige Regierung an eine kürzere Kette zu legen. „Unannehmbar“, grollte Jelzin: „Das bedeutet für den Kurs des neuen Rußland eine Wendung um 180 Grad.“ Steckten die Deputierten nicht zurück, werde er sich per Referendum ans Volk wenden.

Halb sehnsüchtig, halb resigniert hatte auch Jelzin eine Person aus Deutschland apostrophiert. In seiner Kongreßrede zitierte er die Fürstentochter Sophie Friederike Auguste von Anhalt-Zerbst, die vor zwei Jahrhunderten durch Heirat zur russischen Zarin Katharina II. aufgestiegen war: „Rußland ist kein Land, Rußland ist ein Universum.“

Dort aber, himmelwärts, hatten sich einst auch schon die hochfliegenden Reformpläne Katharinas verloren.

„Der gute Ruf ist schwer erschüttert“

Das Bild vom „häßlichen Deutschen“ erhält neue Konturen



Demonstration vor der deutschen Botschaft in Tel Aviv: „Schlange zertreten“

Als das Nachrichtenmagazin *Newsweek* anlässlich der Mordnacht von Mölln seinen US-Lesern vorige Woche über „Deutschlands Furien“ berichtete, illustrierten die Blattmacher ihren Artikel nach den Regeln der Zunft: Sie zeigten die Rassen.

Zu sehen waren die häßlichen Deutschen – glatzköpfig, mit wutverzerrten Gesichtern und emporgeringelten Armen. Durchaus realistisch auch die Unterzeile des Artikels: „Neonazis fordern die Demokratie heraus.“

Solch ungeschönte Wahrheit mochte *Newsweek's* Europa-Ausgabe ihren Lesern, darunter 58 000 deutsche Käufer, nicht antun. Deren Redakteure präsentierten denselben Artikel deutlich verhaltener: Statt gewalttätiger Skins blickte der um seine Angehörigen trauernde Faruk Arslan den Leser an. Aus der Unterzeile waren die Nazis verbannt, jetzt hieß sie: „Bösartiger Rechts-Terrorismus ... schwächt Vitalität und Selbstvertrauen der Nation.“

Schonbehandlung also für die Deutschen, die auch dann noch von aller Welt geliebt werden wollen, wenn sie nichts Liebenswertes zeigen? *Newsweek's* doppelte Aufbereitung des Reizthemas war durchaus symptoma-

tisch für die Reaktion in anderen Ländern auf die unablässige Serie deutscher Angriffe gegen Ausländer.

Angesichts der Bilder ausgebrannter Ausländerheime und gewalttätiger, unter Reichskriegsflaggen marschierender Horden wuchs weltweit der Abscheu vor den sichtbar Unverbesserlichen. Ebenso unverkennbar war aber auch der Wille zu differenzierter Betrachtung und die Beruhigung, daß das wiedervereinigte Deutschland nicht vor einer Machtübernahme durch die Nazis steht. Noch einmal *Newsweek* (und zwar in beiden Ausgaben): „Es gibt faktisch keine Möglichkeit dafür, daß sie Erfolg haben könnten.“

Ein Grund zur Gelassenheit sind solche Töne nicht. Deutschland mußte einen „entsetzlichen Ansehensverlust“ hinnehmen, klagt Außenminister Klaus Kinkel.

Vor den Botschaften Bonns in Athen und Jerusalem protestierten Tausende gegen den Rassismus in der Bundesrepublik. Bei der Beerdigung der Mordopfer im nordtürkischen Städtchen Çarşamba drohten Spruchbänder: „Ihr Schweine, weckt die Osmanen nicht auf.“

Für Heinz Becker vom New Yorker Goethe-Institut ist die Furcht vor den

Deutschen inzwischen eine Alltagserfahrung: „Ich bekomme Anrufe von Eltern, die Angst um ihre Kinder haben, die wir für Deutschkurse nach Deutschland vermitteln.“

Polnische Autofahrer wagen sich fast nur noch im Konvoi über die Autobahnen in der ehemaligen DDR. Japanische Firmen empfehlen ihren Angestellten, bei Deutschland-Besuchen grundsätzlich nur Geschäftsanzüge zu tragen, um von deutschen Rassisten nicht mit Vietnamesen verwechselt zu werden. Der Sony-Konzern hat Regierungsvertretern in Bonn gegenüber bereits Zweifel geäußert, ob es für ihn noch sinnvoll sei, die Europazentrale der Weltfirma in Berlin hochzuziehen.

Deutschlands Botschafter bei den Vereinten Nationen, Detlev Graf zu Rantzau, hatte vor der Debatte über Rassismus, Flüchtlings- und Menschenrechtsfragen harte Überzeugungsarbeit zu leisten, um die Delegationen anderer Länder daran zu hindern, die Skin-Angriffe gegen Ausländer in Deutschland mit den ethnischen Säuberungen der Serben in Bosnien gleichzusetzen. Der Graf resigniert: „Der gute Ruf ist schwer erschüttert.“

Der Abscheu vor den Morden von Mölln war einhellig. „Deutsche Nazis ermorden wieder „Untermenschen“,“ alarmierte der *Boston Globe* seine Leser und fragte, ob die USA nach dem Krieg nicht besser den Morgenthau-Plan verwirklicht hätten, der Deutschland zum Agrarstaat reduzieren sollte.

Das niederländische *Algemeen Dagblad* entdeckte im Nachbarland ein „Paradies für Neonazis“. Der belgische *Morgen* fragt sich, warum „dieselben Menschen, die mit nackten Händen die Berliner Mauer abbrachen“, nun zur Ausländerabwehr „ganz Deutschland mit Stacheldraht umgeben wollen“.

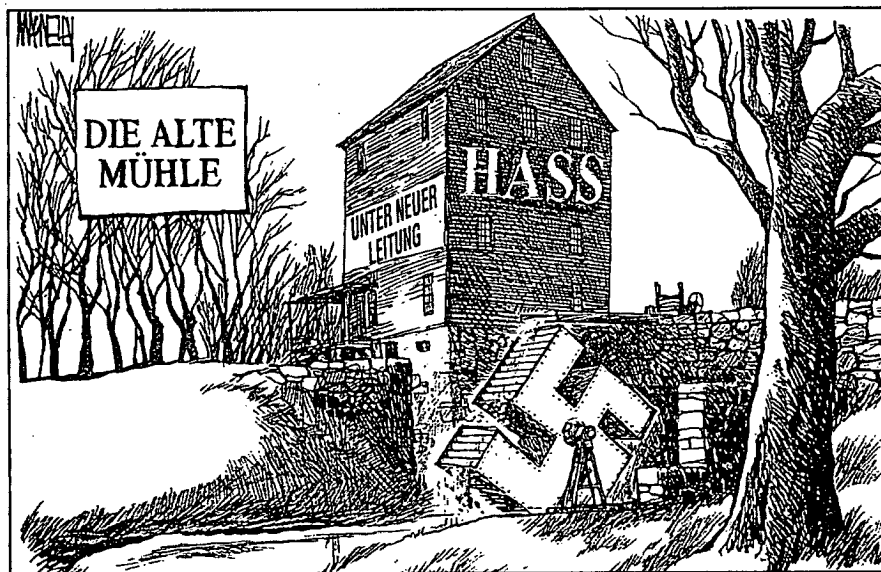
Die gefürchteten deutschen „Dämonen“, die den Niedergang der Weimarer Republik, das Dritte Reich und Auschwitz herbeiführten, lieferten die Bezugspunkte, an denen sich die neue Angst vor Deutschland festmachte. Über die Hälfte aller Polen bewerteten in einer Umfrage die Ausschreitungen gegen Ausländer als Zeichen für das Wiederaufleben einer faschistischen Bewegung.

„Der Geist Adolf Hitlers machte einen Mitternachtsspaziergang in einer deutschen Stadt an der Ostsee“, kommentierte das türkische Massenblatt *Sabah*. Im Land der Opfer des Mordanschlags verfiel allerdings nur eine Zeitung der Hysterie. Unter der zehn Zentimeter großen Überschrift „Deutsches Schwein“ formulierte das Boulevardblatt *Bugün*: „Gestern haben sie Millionen Juden und Demokraten verbrannt, heute gehen sie auf Türken los.“

Daß es das „andere Deutschland“, das anständige, überhaupt gebe, bezweifelte nicht nur der ehemalige israelische Parlamentspräsident und Holocaust-Überlebende Dow Schilanski: „Es ist noch dasselbe an Rassismus, Erniedrigung und Mord.“ Auch der ehemalige Chefredakteur der *New York Times*, Abraham Rosenthal, forderte vehement, damit aufzuhören, die deutschen Rassisten „Neonazis“ zu nennen. „Sie und wir wissen, wer sie sind.“ Nazis nämlich, und das „wissen auch die Deutschen, die ihnen zjubeln“.

In Italien, dem Land, in dem die Brandanschläge von Mölln ein besonders verheerendes Echo hervorriefen, versuchte ein Kommentator der *Gazzetta del Sud* aus Messina sogar, den Rassismus der deutschen Gewalttäter mit eigenem Rassismus zu bekämpfen:

Diese teutonische Rasse hat Hitlers Tiraden von der deutschen Hegemonie nicht vergessen – was die Übergriffe gegen alle



Chicago Tribune

*Es ist
nie zu spät,
ins
richtige Bett
zu gehen.*



Rahmen, Matratzen
und Kissen für
vollendeten Schlafkomfort

SENSoflex®
Schlafsystem



Nur bei ausgewählten Partnern für gesunden Schlaf, z.B.: 8360 Deggendorf: Betten Wartner, Pleggasse 2. 5142 Hückelhoven: Einrichtungshaus Clippers, Markt 37. 7320 Göppingen: Aussteuerhaus Mathels, Beim Marktplatz. 5240 Betzdorf: Betten Mees, Victoriastraße 16. Prospekt mit Händlerverzeichnis von: Rummel Matratzen GmbH & Co. Postfach 1649, 8530 Neustadt/Aisch oder telefonisch zum Ortstarif: 0130-84 04 44

„Kampf gegen die neue Barbarei“

SPIEGEL-Interview mit Israels Erziehungsministerin Schulamit Aloni über deutsche Neonazis und Antisemiten

Aloni, 63, ist Rechtsanwältin und für das Linksbündnis Merez Abgeordnete in der Knesset.

SPIEGEL: Nach den jüngsten Angriffen gegen Ausländer in Deutschland, Brandanschlägen auf Asylantenwohnheime und Verwüstungen von jüdischen Friedhöfen haben Sie Ihre Landsleute aufgefordert, Deutschland zu boykottieren. Was hat das für Konsequenzen?

ALONI: Ich habe keinen Boykott gefordert. Ich erwähnte die Möglichkeit unter der Voraussetzung, daß es weitere Ausschreitungen Deutscher gegen Ausländer gibt und die Bundesregierung nichts dagegen unternimmt. Ich glaube aber, daß sie – nach den weltweiten Reaktionen auf die Vorfälle – einen Anstoß bekommen hat, zu handeln.

SPIEGEL: Nach Ihrem Deutschland-Besuch vor einigen Wochen klangen Sie nicht so alarmiert.

ALONI: Ich denke, daß die Situation nicht so schlimm war wie jetzt, aber ich habe auch damals Stellung bezogen – zum Beispiel bei einer Protestkundgebung im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen. Ich habe es damals gesagt, und ich wiederhole es heute: Wir müssen unsere Stimme erheben, wo immer Menschenrechte verletzt werden.

SPIEGEL: Drei Knesset-Abgeordnete haben ihren geplanten Besuch in der Bundesrepublik erst einmal abgesagt. Ist das die richtige Reaktion?

ALONI: Ich bin für Kontakte. Wir brauchen Treffen von jungen Leuten an den Universitäten, den Dialog zwischen Intellektuellen: Wir müssen die Vergangenheit in Büchern und Bildern vermitteln und über die gegenwärtigen Probleme reden. Aber ich bin sehr zufrieden, daß die drei Abgeordneten des israelischen Parlaments, die Deutschland besuchen sollten, zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht reisen.

SPIEGEL: Was halten Sie von der Empfehlung israelischer Politiker, Jagd auf Neonazis zu machen oder Geheimdienstleute in die Bundesrepublik zu schicken?

ALONI: Das wäre sicherlich falsch. Es würde sich um eine Einmischung in innere Angelegenheiten handeln.

SPIEGEL: Hat Bonn zu spät auf die Angriffe der Neonazis reagiert?



Erziehungsministerin Aloni
„Wollen die Juden Deutschland retten?“

ALONI: Ich meine, daß die Bundesregierung – obwohl sie das Recht hat, solche Gruppen zu verbieten und gegen sie vorzugehen – lange so reagierte, als handele es sich um ein nebensächliches Problem. Dadurch wurden diese Rechtsradikalen zunehmend extremer und mächtiger.

SPIEGEL: Stärker wird auch der Protest der Bevölkerung gegen den Ausländerhaß. Zeigen die Kundgebungen der letzten Zeit denn nicht, wo die Mehrheit der Deutschen steht?

ALONI: Ich freue mich über die Reaktion, aber sie kommt spät. Bei meinem Besuch in Deutschland habe ich festgestellt, daß gerade die Intellektuellen, die sich früher öffentlich engagierten, jetzt in ihren Häusern, Universitäten und hinter ihren Büchern verschanzt sind und nicht am Kampf gegen diese neue Barbarei teilnehmen.

SPIEGEL: Sehen Sie die Juden in Deutschland in Gefahr?

ALONI: Noch geht es in erster Linie nicht um Antisemitismus – die häufigsten Opfer der Neonazis sind Türken, Osteuropäer oder andere Fremde. Aber es ist bemerkenswert, daß

die Rechtsradikalen eine antisemitische Rhetorik benutzen: Sie tun das, weil sie keine andere Sprache haben, um ihre Ausländerfeindlichkeit auszudrücken. Damit wird langfristig Antisemitismus geweckt, selbst wenn sich die Übergriffe zunächst nicht gegen Juden richten.

SPIEGEL: Raten Sie deutschen Juden, die Bundesrepublik zu verlassen?

ALONI: Jeder kann leben, wo er will, aber ich als Israeli, die im Unabhängigkeitskrieg gekämpft hat, kann nicht verstehen, daß Juden jetzt, da es einen sicheren Platz für uns gibt,

anderswo leben – zumal in Deutschland. Andererseits kann ich niemandem vorschreiben, was er zu tun hat. Ich bin nur verblüfft, daß Juden noch immer in Deutschland leben.

SPIEGEL: Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, glaubt, in der jetzigen Lage die Bundesrepublik zu verlassen hieße den Rechtsradikalen nachzugeben.

ALONI: Die Frage ist, ob die Juden Deutschland retten wollen oder sich selbst. Wenn sie sich als deutsche Bürger fühlen, dann sollten sie Schulter an Schulter mit allen aufrechten Deutschen stehen, um gegen den Neonazismus zu kämpfen. Wenn sie sich als Juden betrachten und da es einen eigenen souveränen Staat gibt, können sie hierher kommen: Die Tore stehen ihnen offen.

SPIEGEL: Sehen Sie Parallelen zur Weimarer Republik?

ALONI: Ich glaube nicht. In den dreißiger Jahren wußte man nicht, was folgen würde – Hitler und der Holocaust. Heute sind wir klüger. Und weil wir dies wissen, hoffe ich, daß sich die Geschichte nicht wiederholen wird. Aber damit sie sich nicht wiederholt, müssen wir handeln.

beweisen, die nicht nach arischer Rasse riechen. Die Chromosomen dieses Volkes blieben unverändert: getränkt, wie es scheint, von Überheblichkeit und Haß gegen andere.

Verständlicherweise riefen wachsender Ausländerhaß und antisemitische Attacken in Israel das größte Entsetzen hervor. Der ehemalige Chef des israelischen Geheimdienstes, Isser Harel, schlug vor, Mossad-Agenten in die Bundesrepublik zu schicken, um die rechtsextreme Terrorszene auszuheben. Erziehungsministerin Schulamit Aloni forderte spontan einen Boykott Deutschlands (siehe Seite 174).

Als der israelische Streitkräftesender seine Hörer aufforderte, per Telefon über die vorgeschlagene Warensperrung abzustimmen, sprachen sich 60 Prozent aller Anrufer für Sanktionen aus. Das lag sicher auch am Programm: Zur Hörer-Aktion spielte der Militärfunk Rock-Rap mit dem Refrain „Ich hasse die Deutschen“.

Ministerpräsident Jizchak Rabin („Man muß die Schlange zertreten, solange sie klein ist“) setzte eine Regierungserklärung von undiplomatischer Deutlichkeit durch: „Das Kabinett verurteilt schärfstens die neonazistischen, rassistischen und antisemitischen Erscheinungen in Deutschland und betrachtet sie mit Sorge und Ernst.“

Der Fraktionschef des oppositionellen Likud-Blocks, Mosche Kazav, drohte: „Wenn Deutschland das Wiederaufleben des Nazismus nicht verhindern kann, sollten wir die Beziehungen abbrechen.“

Israels Oberrabbiner Abraham Schapira und Mordechai Eliahu sahen sich zu einer offiziellen Warnung veranlaßt: „Die Juden in Deutschland sollten schnell nach Israel kommen. Sie dürfen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen und Illusionen anhängen.“

Doch das Bild des häßlichen Deutschen, allzeit empfänglich für nationalstische Verführung, gewaltbereit und von rassistischer Überheblichkeit, ist trotz aller Angriffe nicht das einhellige Verdikt über die Deutschen.

Auch die Befürchtung, die exportabhängige Bundesrepublik werde unter dem verheerenden Echo, das die Neonazis in aller Welt hervorriefen, leiden müssen, hat sich – vorerst – nicht bewahrheitet.

Daß diese Furcht im Tourismusgewerbe am größten ist, beweisen allerdings Zeitungsanzeigen, in denen sich deutsche Reiseveranstalter als erste Branche für die Mordanschläge ihrer Landsleute entschuldigten. In einer Meinungsumfrage unter amerikanischen Kongreßveranstaltern sprach sich über die Hälfte der Befragten für einen Boykott der Bundesrepublik aus.

Der Repräsentant der deutschen Industrie in Washington, Lothar Griebbach,

will bei US-Unternehmen noch keine Deutschland-Feindlichkeit festgestellt haben. Er sorgt sich jedoch, daß „da eine Flanke geöffnet wird, wenn die Regierung die Ausschreitungen nicht schnell in den Griff bekommt“. Für denkbar hält er, daß amerikanische Konkurrenten deutscher Exporteure US-Kunden mit dem moralischen Vorwurf bedrängen könnten, „Sie wollen doch nicht bei den Nazis kaufen.“

Inge Orth von der deutsch-amerikanischen Handelskammer in New York räumt ein, daß einige ihrer Klienten „schlichtweg um ihre Sicherheit fürchten“. Allerdings: „Für amerikanische Anleger ist Deutschland, verglichen mit Portugal, ohnehin sehr teuer.“

Die linke, von Jean-Paul Sartre mitbegründete Pariser Tageszeitung *Libération* beobachtet die Welle der Ausländerfeindlichkeit in Deutschland auch deswegen so besorgt, weil sie in der Behandlung der Asylsuchenden „so etwas wie eine Generalprobe“ für Europa sieht: „Wie würden andere Gesellschaften darauf reagieren, wenn 500 000 Flüchtlinge in ihr Land strömen?“ Das Blatt mahnt: Europa täte recht daran, „Deutschland mit diesem Problem nicht allein zu lassen“.

Das von Neonazi-Anschlägen erschütterte Deutschland, das zudem unter wirtschaftlicher Stagnation leidet und von Zukunftsängsten geplagt wird, erscheint vielen Franzosen nun plötzlich nicht mehr – wie noch vor wenigen Monaten während der Maastricht-Debatte – als übermächtiger Koloß. Deutschland, staunte etwa der Pariser *Figaro*, „ist zerbrechlicher, als wir annehmen“.

Auch in London glaubt ein hochrangiger Deutschland-Kenner im Foreign Office, daß die Briten jetzt weniger einen „neuen häßlichen Deutschen“ als vielmehr einen „neuen verkleinerten Deutschen“ ausmachen. Auf einmal entdeckt das an Rassenkrawalle, Rezession und irische Terrorakte gewöhnte Inselvolk, so der Diplomat, wie Wirtschaftsprobleme und politischer Extremismus „Deutschland von seinem Sockel als Europas Muskelprotz herunterreißen“.

Zwar berichten Fernsehen und Presse regelmäßig in großer Aufmachung über die Exzesse

der deutschen Rechtsradikalen, die Kommentatoren stellen die Ereignisse jedoch fast immer in einen größeren, europäischen Zusammenhang und weisen auch auf die eigenen Neonazis hin. Die Londoner *Financial Times* zählte 7780 rassistische Übergriffe im vorigen Jahr allein in England und Wales – mehr als 20 Zwischenfälle jeden Tag.

Den Szenen von niedergebrannten Asylantenheimen und grölenden Skinheads werden Bilder und Texte von Massenkundgebungen gegen die Neonazis gegenübergestellt; „the good Germans“ existieren also doch noch. Fast erleichtert konstatiert der angesehene *Economist*: „Deutschland blickt auf sich selbst – und zuckt zusammen.“



Türkische Tageszeitung *Bugün*: „Deutsches Schwein“

Insgesamt jedoch war die Angst des Auslands vor einem „Vierten Reich“ im Umfeld der Wiedervereinigung größer als heute nach den Anschlägen von Mölln. Henry Kissinger, aus Deutschland geflüchteter Jude und US-Außenpolitiker, kann sich trotz der zögerlichen Bonner Reaktion auf den Nazi-Terror „keine demokratischere Regierung in Deutschland vorstellen“.

Der französische Staatspräsident und Kohl-Freund François Mitterrand zeigte sich über das Mißtrauen vieler Franzosen gegenüber ihren Nachbarn „persönlich betroffen“ und mahnte: „Jedes Volk muß darauf achten, die eigenen Dämonen unter Kontrolle zu halten.“